

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen. Bei Bestellungen, die noch in diesem Monat erfolgen, kann mit Sicherheit auf Nachlieferung aller Nummern aus der bereits verfloßenen Zeit des Quartals gerechnet werden.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Ansehung nach stenograph. Aufzeichnung.)
(Fortsetzung.)

Organisation der Arbeit im Gegensatz zum heutigen Zustande heißt: daß die gesammte gesellschaftliche Werthherzeugung nicht im Einzelnen persönlicher Willkür überlassen, im Ganzen planlos, geschehe, sondern vielmehr dieselbe im Ganzen bewußtermaßen den Bedürfnissen der Gesellschaft entgegenkommend, im Einzelnen dem Ganzen planmäßig sich unterordnend, vorgenommen werde, und daß, dem entsprechend, die erzeugten Werthgegenstände sich nicht auf einzelne Klassen, sondern auf die Gesammtheit vertheilen.

Im Arbeiterstaate der Zukunft - d. h. nicht etwa, wie Manche absichtlich mißverstehen, in einem Staate, wo eine arbeitende Klasse andere Klassen beherrscht, sondern wo vielmehr die Gesammtheit zugleich arbeitend und genießend ist, von einer besonderen arbeitenden Klasse also überhaupt nicht die Rede sein kann - in diesem Arbeiterstaate der Zukunft wird einer nur genießen, weil er gearbeitet hat; wohingegen im heutigen Bourgeoisstaate die Kapital besitzende, überhaupt die bevorzugte Klasse dasjenige genießt, was die arbeitende Klasse geschaffen hat.

Jenen Zustand herzustellen, hat der Staat der Zukunft, welcher nichts anderes ist, als die in bestimmten äußeren Einrichtungen sich darstellende arbeitende Gesellschaft, somit ein durchweg und in jeder Beziehung volksthümlicher Staat, in dem es nicht Unterdrückter und Unterdrückte, sondern nur schlechthin Gleichberechtigte giebt, einheitlich zusammenhängende Einrichtungen zu treffen, welche jede vorhandene Arbeitskraft zur Entfaltung und Thätigkeit gelangen lassen und derselben eine für die Gesellschaft nützliche Thätigkeit eröffnen. In diesem Arbeiterstaate kann es nicht vorkommen, daß einer darum nicht die Früchte seiner Thätigkeit genießen kann, weil durch die gesellschaftlichen Einrichtungen von vornherein seine Arbeit in den Dienst fremder Privatinteressen gestellt ist; sondern

es findet vielmehr in diesem Staate ein Jeder die Einrichtungen vor, welche ihm den seiner Mitwirkung bei der gesellschaftlichen Arbeit entsprechenden Antheil an den entstehenden Werthgegenständen sichern. (Beifall.) Mit einem Wort: in diesem Staate kommt der Einzelne als Glied eines brüderlichen Ganzen zur Geltung. (Beifall.)

Aber, m. H., nicht etwa nur um eine gerechte Vertheilung der Güter handelt es sich - es handelt sich ebenso, und dieser Punkt ist nicht minder wichtig, als der andre, auch um eine Erhöhung der Werthherzeugung überhaupt.

Welches ist der heutige Zustand unter der Herrschaft der Concurrrenz?

Zunächst sieht feindlich der Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber, welche, durch die Concurrrenz gezwungen, sich ihm unterwerfen mußten, aber zu beständigem Krieg mit ihm Zweck Verbesserung ihrer Lage gestimmt sind; dieser Unternehmer mit seinen Arbeitern, diese Gruppe in ihrer Gesammtheit, sieht einer ganzen Reihe anderer, gleichartiger Gruppen gegenüber, wiederum feindlich, da unter diesen gesammten Gruppen jede einzelne um der Concurrrenz willen alle andern herunterdrücken bestrebt ist; weiter sieht dann diese Gesammtheit von Gruppen als eigene Klasse feindlich gegenüber einer Klasse ähnlicher Gruppen, die sie, zu eigenen Gunsten, aus dem Felde zu schlagen bestrebt ist; und so fort. Der Krieg Aller gegen Alle - das ist das traurige Merkmal dieser Epoche, in welcher das Kapital, statt Mittel zu sein für das freie, edle Menschentum, Selbstzweck geworden ist und kalt und herzlos auf seinem Alles beherrschenden Throne sitzt.

Was ist für die Gesammt-Production die Folge dieses Zustandes unter der Herrschaft der von der Bourgeoisie-Ökonomie mit Begeisterung gepriesenen „Concurrrenz“?

Einmal Unregelmäßigkeit in der Werthherzeugung: es kommt fortwährend vor, daß eine Ueberproduction eintritt d. h. daß aus persönlichen Zwecken vermeintliche Werthgegenstände hergestellt werden, von denen es sich nachträglich erweist, daß sie gar keine Werthgegenstände sind, weil sie nicht einem gesellschaftlichen Bedürfnis entsprechen. Freilich ruinieren sich hierbei die betreffenden Unternehmer; aber das ist uns ein schlechter Trost; die Arbeit, welche verwandt wurde, ist der Gesellschaft unwiderrücklich verloren gegangen. Und ebenso kommt der umgekehrte Fall vor: daß nemlich, durch die persönlichen Interessen oder die persönlichen Verthümer derer, welche über das große Capital verfügen, versäumt wurde, für die Gesellschaft Erforderliches herzustellen. Solcherlei kann nicht vorkommen, wo von Einem Punkte aus, auf Grund ermöglichten weiten Ueberblicks, die Bedürfnisse der Gesellschaft erkannt und demgemäß die werthherzeugende Arbeit in planmäßig vorgezeichnete Bahnen geleitet wird.

Aber weiter, m. H., in je großartigerem Maßstabe die Werthherzeugung auf einem bestimmten Gebiete betrieben wird, um desto bedeutender wird die Ertragsfähigkeit der Arbeitskraft jedes Einzelnen. Niemals aber vermögen einander befehrende Privatgruppen in so umfassender Weise die Werthherzeugung zu betreiben, wie die zum Arbeitsstaate vereinigte Gesammtheit, in beliebiger Eintheilung, es zu thun vermag. Sie sehen also, m. H., daß es sich nicht nur um eine richtige Vertheilung der Werthgegenstände, sondern auch um eine Erhöhung der Werthherzeugung selbst handelt.

Bemessen Sie demnach, wie es um jene Anekdote steht, mit der man unsere Richtung lächerlich machen wollte. Rothschild - so erzählt man - sei einmal im Jahre 1848 zu Frankfurt auf der Zeit gegangen, und zwei Proletarier hinter ihm hätten geäußert: „Es muß getheilt werden.“ Rothschild habe sich umgedreht und gesagt: „Ich habe etwa 40 Millionen Gulden im Besitz; 40 Millionen Deutsche giebt es; hier sind zwei Gulden, für Jeden einen. Sie haben Ihr Theil weg, meine Herren.“ Nun brauche ich zwar hoffentlich nicht weiter zu versichern, daß es niemals eine wissenschaftliche Richtung gegeben hat, die ein solches „Theilen“ beabsichtigte; von solchem Unsinn ist unter vernünftigen Menschen keine Rede. Es handelt sich nicht darum, in roh gewaltthätiger Weise diejenigen Werthgegenstände, welche die Einzelnen unter den bisherigen Einrichtungen erworben haben, unter die Gesammtheit äußerlich zu vertheilen; sondern vielmehr darum: Einrichtungen herzustellen, welche mit innerer Nothwendigkeit, durch ihre fortwährende gesellschaftliche Wirkung, zu einer gleichmäßigen Vertheilung der entstehenden Güter führen. Sie sehen aber ferner, nach dem, was ich früher gesagt habe, daß die böswillig erfundene Anekdote das gar nicht beweist, was sie eigentlich beweisen soll: daß nemlich durch eine gleichmäßige Vertheilung der Güter dem Einzelnen doch nicht geholfen werden könne. Zwar könnte man, selbst auf die Anekdote eingehend, darauf hinweisen, daß die Gesammtheit der jetzt vorhandenen Werthgegenstände, nicht also die des Herrn v. Rothschild allein, auf die Gesellschaft vertheilt, immerhin ein ganz Erkleckliches für den Einzelnen abwerfen könnte. Allein, m. H., es handelt sich, wie gesagt, nicht um solche Dummheiten; sondern es handelt sich darum: wie durch gemeinsame, allseitig in einandergreifende Thätigkeit die Werthherzeugung selbst zu erhöhen sei und wie dann der Antheil eines jeden an dem erhöhten Ergebnisse dieser gemeinsamen Thätigkeit der Gerechtigkeit entsprechend zu verwirklichen sei.

Was nun muß der Staat thun, um einen solchen Zustand zu ermöglichen?

Antwort: Er muß auf die Gesammtheit der vorhandenen Werthgegenstände, ebenso auf die Gesammtheit der vorhandenen Produktivkräfte d. h. der zur Erzeugung von Werthgegenständen befähig-

Deutschland.

* Berlin, 21. Oct. [In der Drohnoten-angelegenheit] bemerken wir zunächst, daß auch Herr v. Bunsen bedacht wurde. Es scheint sich also um einen Feldzug gegen die Selbstständigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten überhaupt zu handeln.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet daß die dortige ständige Bürgerrepräsentation, das Collegium der Einmündigen, in einer gestern einstimmig gefaßten Resolution erklärte, sie fühle sich gedrungen, mit Rücksicht auf die umlaufenden Gerüchte die Erwartung auszusprechen, daß der Senat jedem Angriff auf die Hoheitsrechte der freien Stadt Frankfurt und jeder Bedrohung ihrer Selbstständigkeit mit Würde und Energie zu begegnen wissen werde.

Nachstehendes Telegramm ist in dieser Sache eingelaufen:

Wien, Freitag, 20. October, Abends. Die heutige „Generalcorrespondenz“ bestätigt die Richtigkeit der eingetroffenen Nachrichten betreffs der von Oesterreich und Preußen an den Frankfurter Senat gerichteten Aufforderung, den dortigen politischen Agitationen ein Ende zu machen und erklärt: Dieser Schritt sei durch den dort zusammengetretenen Abgeordnetentag veranlaßt worden. Den deutschen Großmächten und allen deutschen Mächten überhaupt stehe nicht nur das unabweisbare Recht zu, sondern es liege ihnen geradezu die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß innerhalb des deutschen Staatenbundes von keinem dazu nichtberufenen Organe eine allgemeine politische Wirksamkeit gleichsam in Vertretung Deutschlands ausgeübt werde. Es sei nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht der deutschen Regierungen, in Wahrung ihrer Souveränität und der Rechte ihrer Landesvertretungen selbst nicht zu dulden, daß einzelne Abgeordnete ihr Mandat eigenmächtig ausdehnen und außerhalb ihres Landes eine politische Thätigkeit äußern, daß einzelne Abgeordnete verschiedener deutscher Länder willkürlich zusammentreten, politische Beschlüsse fassen, Anforderungen an einzelne Landesvertretungen richten und sich ein Mandat für die Gesamtheit des Bundesgebietes anmaßen, welches ihnen Niemand verleihe; am wenigsten dürfe geduldet werden, daß der sich selbst constituierende sogenannte deutsche Abgeordnetentag sich die Berechtigung beilege, eine stabile, politische Institution zu gründen, wie dies durch Bildung des Sechsendreißiger Ausschusses thatsächlich versucht worden sei. Es sei anzunehmen, daß die österreichischen Abgeordneten sich im Gefühl der Ungesetzlichkeit dieses Strebens sowohl von der Versammlung der Abgeordneten als von der Theilnahme an der Thätigkeit des Ausschusses fernzuhalten haben. Die Regierungen der deutschen Großmächte hätten sich zu diesem Schritte umso mehr aufgefodert gefühlt, als der Abgeordnetentag sich längst zu ehrenrührigen, strafbaren Aeußerungen hinreichend ließ, deren Truppen in Frankfurt garnisoniren; dieser Vorgang, abgesehen von seiner inneren Nothwendigkeit, sei nichts Ungewöhnliches, und derselbe Reklamationen seien stets vorgekommen und unvermeidlich gewesen zwischen vollkommen unabhängigen Staaten, anläßlich von Vorfällen in dem einen Staate, welche auf die Ordnung und Ruhe in dem andern nachtheilig zurückwirken könnten. Der österreichisch-preussische Schritt werde kaum Jemanden anders, als den Abgeordnetentag selbst befremden, dessen unbefugte Wirksamkeit zu beseitigen er eben bestimmt sei. Schließlich bemerkt die „Generalcorrespondenz“, es sei von einer Beschwörung der Stadt Frankfurt am Bunde in hiesigen kompetenten Kreisen nichts bekannt.

[Aus den Herzogthümern] erfährt man, daß, wie der Hensburger „Nordb. Zeitung“ aus Eckernförde geschrieben wird, vortelbst und in Borbye wegen des Empfanges des Erbprinzen von Augustenburg polizeiliche Vernehmungen verschiedener dabei betheiligter Personen, namentlich mehrerer Mitglieder des eckernförder Deputirtencollegiums, stattgefunden haben. Der Bürgermeister Spethmann sei in dieser Angelegenheit nach Schleswig berufen worden. — Nach demselben Blatte wäre der Empfang des Erbprinzen durch einen Herrn aus dessen Umgebung vorbereitet gewesen.

[Zur juristischen Stellung der Associationen.] Vor dem Köllner Appellhofe ist vor Kurzem eine in Bezug auf die rechtliche Stellung der Associationen nicht unwichtige Sache verhandelt worden. In Düsseldorf nämlich hatte sich eine Schusterassociation gebildet. Gegen diese, resp. gegen einige Mitglieder derselben, welche deren Vorstand gebildet hatten, wurde von Seiten einiger Lederfabrikanten Klage auf Zahlung des für das gekaufte Leder noch geschuldeten Preises erhoben.

Die Klage war beim Landesgericht angebracht. Die Beklagten behaupteten nun, daß das Handelsgericht nicht competent sei, weil die Schusterassociation keine Handelsgesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuchs bilde. Sie sind damit aber nicht durchgedrungen. Das Appellgericht in Köln erklärte in seiner Entscheidung: das Unternehmen bezweckt gemeinschaftliche Speculation auf Gewinn durch den Kauf größerer Quantitäten Leder; wenn auch die angekauften Waaren den Mitgliedern der Gesellschaft bei ihrem Handwerksbetriebe dienen sollten, so sei doch klar, daß der durch die Speculation erreichte Vortheil jedem einzelnen Gesellschafter zum Vortheil reichen sollte; die Käufe seien also an und für sich Handelsgeschäfte gewesen. Daß die Mitglieder der Gesellschaft das Schustergewerbe betreiben, sei rechtlich zuirrelevant. Hiernach ist eine Association von Handwerkern, welche zu dem Zwecke zusammentreten, um durch den Ankauf des zum Betriebe ihres Gewerbes erforderlichen Materials für gemeinschaftliche Rechnung ihren Mitgliedern die Vortheile des Ankaufs im Ganzen zu gewähren, zu diesem Behufe einen Vorstand wählen, eine Kasse bilden und die angekauften Materialien ihren Mitgliedern zu dem Kostenpreise mit dem Aufschlage überlassen, welcher theils zur Deckung der Kosten dient, theils den Mitgliedern als Dividende zu Gute kommt, als eine Handelsgesellschaft.

* Wien, 19. Oct. [Die Staatsschulden-Control-Commission] hat sicherem Vernehmen nach in ihren jüngsten Beratungen beschlossen, ihre Functionen fortzusetzen, falls die gegen ihren rechtsgiltigen Fortbestand vorherrschenden Bedenken durch einen „kaiserlichen Ausspruch“ behoben würden. Durch einen „kaiserlichen Ausspruch“! Man hat doch gesehen, was solche „kaiserliche Aussprüche“ werth sind. Ist die Aufhebung der durch feierliches Kaiserwort verbürgten Verfassung schon vergessen? Und nun soll ein „kaiserlicher Ausspruch“ — doch genug, diese Leute sind unverbesserlich. — Der Vortrag der Commission soll in den nächsten Tagen dem Kaiser durch den Präsidenten der Commission persönlich überreicht werden. Durch diesen Commissionsbeschluss soll Graf Kinsky zu der in den heutigen Blättern veröffentlichten Erklärung, an den Functionen der Commission nicht weiter theilzunehmen, veranlaßt worden sein. — Die „Generalcorrespondenz“ meldet hierüber: Dieser Schritt des Grafen Kinsky dürfte vereinzelt bleiben und es sei an dem Fortbestand der Commission kaum zu zweifeln.

Hannover, 20. Oct. [Ueber die Minister-crisis] bringt die „Zeitung für Norddeutschland“ unter Vorbehalt folgende Mittheilungen: Neben Bacmeister, der das Portefeuille des Innern erhalten soll, würden in das neue Cabinet treten: als Finanzminister Finanzrath Dieterichs, jetzt im Generalpostdirectorium; als Cultusminister Legationsrath Freiherr v. Hodenberg, bisher Ministerresident im Haag; als Justizminister Oberjustizrath Leonhardt, bisher General-Sekretär im Justizministerium. Die neuen Minister würden nach derselben Quelle bereits morgen beidigt werden.

Nürnberg, 18. Oct. [Die Reaction] breitet ihren finstern Schatten immer mehr über das Land aus: v. Pechmann, welcher der vielgerühmten aber nicht so sehr berühmten „neuen Aera“ in Bayern ein ähnliches Ende bereiten helfen soll, wie es ihre Schwester bereits in Preußen fand, will heute zu diesem Zweck in München, während in Nürnberg ebenfalls heute der „Fränk. Kur.“ confiscirt und in Fürth der Redakteur des „Fortschritt“ wegen dreier Preßvergehen auf einmal vor dem Untersuchungsrichter stand.

Ausland.

* Paris, 19. Oct. [Tagesbericht.] Die Nachricht von dem Tode Lord Palmerston's gelangte gestern zuerst an den Kaiser, der sie im Ministerrathe mittheilte. Den hiesigen Blättern wurde die betreffende Depesche vorenthalten und dem Moniteur das Monopol der wichtigen Todesanzeige gelassen. — Die Türkei hat ihren Beitritt zur Sanitäts-Conferenz zugesagt, was bemerkenswerth genug ist. Man spricht von der Möglichkeit, daß eine Zusammenkunft von bedeutenden Diplomaten in Konstantinopel später auch Verathungen politischer Natur in ihrem Gefolge haben könne. — Es werden allerdings 250 Fellahs in Egypten für französische Rechnung angeworben, aber nicht als Soldaten, sondern als Arbeiter für die

ten Kräfte, insoweit seine Hand legen, als dies im Interesse der Gesamtheit, zur Forterhaltung der organisirten Arbeit erforderlich ist.

Der Staat thut damit nicht einmal etwas durchaus Neues. Denn wenn der heutige Staat auf dem Wege der zwangsweisen Besteuerung seinen Bürgern Gelder hinwegnimmt, um z. B. Armeen zu halten, Wege anzulegen u. s. f., ja vielfach sogar um eine Menge unnöthiger Dinge, die mit dem Volkswohl gar nichts zu schaffen haben, zu treiben — was ist denn dies anders, als daß er insoweit seine Hand auf die vorfindlichen Güter legt, als er es zur Durchsetzung seiner Zwecke für nöthig erachtet? Der Staat der Zukunft soll Aehnliches thun; in ungleich höherem Maße; und nicht zum Wohle einzelner Klassen der Bevölkerung, sondern zum Wohle der Gesamtheit. (Beifall.) Und sein Recht hierzu ist ein tief begründetes: denn sein Dasein wirkt mit bei dem geringsten Werthe, der entsteht; seine Einrichtungen, sein Rechtsschutz, seine gesammte Wirksamkeit sind die Voraussetzung alles dessen, was an Werth entsteht und was ein Einzelner genießen kann. Die Wirkung der Staatsorganisation steckt in jedem Milchbrode, das wir essen, in jedem Tropfen Bier, den wir trinken.

Fassen wir zusammen, m. H.!

In dem Bourgeoisstaate der Gegenwart führt der Krieg Aller gegen Alle zu ungenügender Wertherzeugung und zur Vertheilung der erzeugten Werthe unter eine einzelne Klasse. (Beifall.)

Im Arbeitsstaate der Zukunft arbeiten Alle planmäßig einander in die Hände, woraus erhöhte Wertherzeugung entsteht und woran sich der Antheil Aller an den Genüssen des Lebens schließt. (Beifall.)

In dem Staate der Gegenwart lenkt nicht die Gesamtheit ihre eigenen Schicksale, sondern, auf dem Boden der jetzigen volkswirtschaftlichen Verhältnisse stehend, steht eine beherrschende Klasse über einer beherrschten.

In dem social-demokratischen Staate der Zukunft kommt Jeder als Glied des Ganzen zur Geltung, ist also jedes Beherrschen einer Klasse durch eine andere ausgeschlossen, oder vielmehr: sind Klassengegenstände überhaupt nicht mehr vorhanden.

Im Staate der Gegenwart sind die Menschen für das Kapital da — im Staate der Zukunft das Kapital für die Menschen.

Heute: Krieg Aller gegen Alle — in Zukunft: Zusammenwirken Aller für Alle! (Beifall.)

Es bedarf wohl kaum noch des Hinweises, daß erst wenn die Gesellschaft durch alle ihre Theile mit dem Materiellen im Reinen ist, die Bildung in Wahrheit Gemeingut zu werden vermag, daß somit dann erst von wahrer Freiheit und Humanität die Rede sein kann.

Woraus erbellt, m. H., daß die Sache der Arbeiter die Sache der staatlichen Gesamtheit, ja, in erweitertem Sinne, die Sache der Menschheit überhaupt ist. (Beifall.)

M. H.! Ich habe Ihnen nunmehr auseinandergesetzt, welches die Grundzüge der von uns erstrebten Gesellschafts- und Staatsgestaltung sind, und es verbleibt mir nunmehr, klarzustellen, auf welche Weise, durch welche Mittel man sich dem Ziele zu nähern gedenkt. Allein, m. H., ich habe zur Auseinandersetzung des Bisherigen erheblich länger gebraucht, als ich in dem Augenblicke, da ich diesen Plag betrat, glaubte und voraussah. Da ich frei, ohne irgend welche Notizen zu haben, vor Ihnen spreche, so kann ich nicht genau bemessen, wie lange ich zur Erledigung eines Gegenstandes brauche. Und da ich bei der Größe dieses Saals fortwährend laut sprechen muß, um überall verständlich zu sein, so werden Sie mir gestatten, da ich mich sonst vielleicht allzusehr anstrengen müßte, daß ich eine kurze Pause eintreten lasse. Nach Beendigung derselben werde ich dann sofort auf den practischen Theil meines Vortrages kommen. (Anhaltender Beifall. Pause von etwa 10 Minuten.)

(Fortsetzung folgt.)